

INFOMAIL

mit Medienberichten und Pressemitteilungen zur 5. Heckler & Koch-Hauptversammlung am 12. Juli 2019 im „Badhaus“ in Rottweil und zu den erfolgreichen Aktivitäten der Kritischen Aktionär*innen H&K

Bereits am Vortag der Hauptversammlung (HV) konnten wir Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K) einen immensen Erfolg verbuchen: In den HVs 2017 und 2018 hatten wir beantragt, Medienvertreter*innen zuzulassen, was damals von der H&K-Geschäftsführung konsequent abgelehnt worden war. Deshalb hatten wir mehreren Journalist*innen mit unseren Aktien Eintritt verschafft. Am frühen Abend des 11.07.2019 erreichte uns die Nachricht, dass diesmal – endlich – Journalist*innen zugelassen sein würden, was wir sofort bundesweit publik machten.

Diese dritte Beteiligung Kritischer Aktionär*innen an der Hauptversammlung (HV) der Heckler & Koch AG erbrachte mit rund 30 aktiven Teilnehmer*innen außerhalb der Versammlung und mit rund 20 aktiven Aktionär*innen in der Versammlung – darunter 15 Fragesteller*innen unsererseits – eine erneute Steigerung der Anzahl redeberechtigter kritischer Aktionär*innen (nach 2017 mit sieben und 2018 mit 13 Teilnehmer*innen der KA H&K in der Versammlung). Insgesamt stellten Aktionär*innen in der ersten Runde 125 Fragen – 120 davon stammten von uns, zudem die weiteren Fragen bzw. Nachfragen in den Fragerunden 2 und 3.

Die Fragen wurden unsererseits in nummerierter Reihenfolge gestellt und zumeist von Vorstand und Aufsichtsrat – wie gewünscht – in der entsprechenden Nummerierung beantwortet. In Runde 1 nicht beantwortete Fragen wurden in den kommenden Fragerunden von uns erneut eingebracht und letztlich auch beantwortet – allerdings nicht immer in der gewünschten Ausführlichkeit und Klarheit. Bei der Beantwortung einiger Fragen wurde auf „Geheimhaltungspflichten“ oder „laufende Rechtsverfahren“ verwiesen und die Antwort verweigert.

Anm.: Die Zusammenstellung der FRAGEN KRITISCHER AKTIONÄR*INNEN UND ANTWORTEN DER H&K-GESCHÄFTSFÜHRUNG können ab Mitte August 2019 beim RüstungsInformationsBüro (rib@rib-ev.de) angefordert werden.

Printmedien berichteten bundesweit mit guter bis sehr guter Wahrnehmung der H&K-Hauptversammlung und der Aktivitäten der Kritischen Aktionär*innen (siehe *dpa*, *DER FREITAG*, *DER SONNTAG*, *Handelsblatt*, *Schwarzwälder Bote*, *DIE WELT*, *Südkurier*, *junge welt* u.v.a.m.). Im Folgenden findet sich eine Auswahl an Medienberichten. Auf die Wiedergabe vielfach weitgehend identischer Berichte aufgrund der *dpa*-Meldungen wurde verzichtet. Vielmehr wurden individuelle Berichte zumeist bei H&K HV anwesender Journalist*innen bevorzugt ausgewählt, zudem Pressemeldungen – zweimal H&K und KA, letztere dankenswerter Weise koordiniert von Tilman Massa von den Kritischen Aktionär*innen in Köln – wiedergegeben.

Auch **Fernsehen und Radio** waren vor Ort, siehe hierzu:
SWR Fernsehen 12.07.2019, TV-Bericht in *SWR aktuell* 21:45 Uhr

<https://avdlswr-a.akamaihd.net/swr/swraktuell/bw/tv/1135708.sm.mp4>

[siehe ab 9.40 min.]

Auch *SWR Radio* und der *Deutschlandfunk* waren vor Ort und berichten;

Siehe u.a. https://www.deutschlandfunk.de/heckler-und-koch-volle-auftragsbuecher-beim-waffenhersteller.766.de.html?dram:article_id=453734

Unsere **Informationen wurden über twitter verbreitet** von Ruth Rohde für das RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Michael Schulze von Glaßer für die DFG-VK, Alexander Lurz für Greenpeace und Andrew Feinstein auf internationaler Ebene – ein Dank an alle Unterstützer*innen!

Mein **Gegenantrag zur Nichtentlastung des Heckler & Koch-Vorstands** für die Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch wurde bereits vor der Hauptversammlung auf der Website des Unternehmens veröffentlicht (siehe <https://www.heckler-koch.com/de/ir/ir-mitteilungen.html>), am Ende der Vollversion dieser INFOMAIL. Unser Gegenantrag findet sich in mehreren Sprachen (Englisch, Spanisch etc.) auf der Website des GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE, siehe www.gn-stat.org > CASE 02 MEXICO.



Foto: Der Tod ist ein Meister aus Oberndorf. Mitglieder der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch protestieren vor der 5. H&K-Hauptversammlung am Badhaus in Rottweil gegen die illegalen G36-Gewehrexporte nach Mexiko – und in viele weitere Länder. Quelle: RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)

Kurzresümee: Den Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch ist es mit ihrer Schweigestunde vor der Hauptversammlung gelungen, visuell auf die zahlreichen Opfer des hemmungslosen und teilweise widerrechtlichen Exports von Sturmgewehren nach Mexiko und auch weltweit aufmerksam zu machen. In der Hauptversammlung gelang es den KA H&K mit den vielfachen Wortbeiträgen und weit mehr als 120 Fragen in mehreren Fragerunden das

Heckler & Koch-Desaster in seiner gesamten Breite aufzuzeigen (siehe hierzu Gegenantrag zur Nichtentlastung des Vorstands) – was in zahlreichen Medienberichten positiv Widerhall gefunden hat. Die Antworten der H&K-Geschäftsführung waren insgesamt aufschlussreich. Die Berichterstattung in den Medien gab dementsprechend nicht einzig die einseitig positive Darstellung von Vorstand und Aufsichtsrat zu den Bilanzzahlen 2019 (nicht 2018!) wieder, sondern auch unser stark konträrer Kenntnisstand in vielerlei Hinsicht.

Herzlichst

Jürgen Grässlin, Kritische Aktionär*innen Heckler & Koch,
Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!, DFG-VK und RIB e.V. mit dem GLOBAL
NET – STOP THE ARMS TRADE

=====

DER FREITAG Ausgabe 30/2019 vom 25.07.2019

Waffennarren, angeschossen

Ballern. Heckler & Koch weicht seine neue ethische Exportpraxis doch wieder auf. Und rüstet in der Lobbyarbeit nach

Ben Mendelson



Der Tod ist eine Exportware aus Deutschland

Foto: Paolo Pellegrin / Magnum Photos / Agentur Focus

Was ist los bei Deutschlands größtem Kleinwaffenhersteller? Heckler & Koch landete zuletzt wegen der hohen Schulden des Unternehmens in den Negativschlagzeilen. Wegen der angeblich mangelhaften Treffsicherheit des G36-Sturmgeschwezes. Und Anfang des Jahres aufgrund der Verurteilung vor dem Stuttgarter Landgericht wegen illegaler Waffenlieferungen nach Mexiko. Trotz alledem verlautbarte Vorstandschef Jens Bodo Koch auf der Aktionärshauptversammlung in Rottweil am 12. Juli: „Wir sind wieder auf Kurs.“

Was er damit meint: dass die Waffenschmiede aus Oberndorf am Neckar nach Millionenverlusten in den Vorjahren im ersten Halbjahr 2019 erstmals wieder Gewinne erzielt habe. Eine konkrete Zahl hierfür nannte er nicht. Die Höhe der Schulden wurde von H&K auf 236,3 Millionen Euro beziffert. Insgesamt gab man sich in Rottweil transparent: So wurden erstmals in der Firmengeschichte auch Pressevertreter zur Hauptversammlung zugelassen. Dies hatten die vom Freiburger Rüstungsinformationsbüro e. V. gegründeten „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ in den Vorjahren gefordert. Was bei Daimler, Airbus und Co. selbstverständlich ist, gilt nun also auch für H&K. Die „Kritischen Aktionäre“ sprachen zudem von einer

offenen Atmosphäre bei der Versammlung. Viele Fragen blieben aber inhaltlich unbeantwortet, auf eine Anfrage des *Freitag* reagierte H&K nicht.

Unklar ist zum Beispiel weiterhin, von wem das mittelständische Unternehmen 2018 mit Krediten in Höhe von mehr als 80 Millionen Euro über Wasser gehalten wurde. In Medienberichten ist lediglich von einem anonymen Großaktionär die Rede. Wer dieser Finanzier ist, wurde von H&K auch auf mehrfache Nachfragen nicht offenbart. Für die Rüstungsgegner um Jürgen Grässlin liegt die Vermutung nahe, dass es sich um Andreas Heeschen handeln könnte. Dem öffentlichkeitsscheuen Investor gehören rund 57 Prozent der Aktien von H&K. Heeschen war bei der Hauptversammlung wie in den Vorjahren nicht anwesend. Er ließ sich von einem Kölner Anwalt vertreten.

Unklar ist auch, welchen „Kurs“ H&K künftig bei der Exportpolitik einschlagen wird. Der Hersteller von Pistolen und Sturmgewehren hatte sich zwar vor gut zwei Jahren eigene Regeln dafür gegeben, in welche Länder Waffen geliefert werden dürften. Diese Regeln seien nun aber aufgeweicht worden, bemängeln die „Kritischen Aktionäre“.

Unbedenklichkeitsampel

2017 gab H&K offiziell bekannt, künftig grundsätzlich nur noch in NATO-Staaten und NATO-assoziierte Staaten wie die Schweiz, Australien und Japan Waffen liefern zu wollen. Weitere Kriterien waren die Platzierungen des Landes in einem Korruptions- und einem Demokratie-Index (siehe *der Freitag* 39/2017). H&K teilte die Länder so in „rote“, „gelbe“ und „grüne“ Länder ein. Nur letztere gelten demnach als „unbedenklich“ und dürften H&K-Waffen bekommen. Bestehende Altverträge sollten davon zwar unberührt bleiben, dennoch war H&K damit ein Vorbild. Denn eine solche Selbstregulierung ist in der deutschen Rüstungsindustrie bislang einmalig.

Während beispielsweise Rheinmetall laut Recherchen von *stern* und *Correctiv* zumindest plante, sich an einer Panzerfabrik in der Türkei zu beteiligen, schließt Heckler & Koch Waffenlieferungen in das NATO-Land weiterhin kategorisch aus. Als Grund wurde unter anderem die dortige Sicherheits- und Menschenrechtssituation angeführt, so Jürgen Grässlin. Explizit von der H&K-Führung ausgeschlossen wurden laut „Kritischen Aktionären“ ferner Waffenexporte nach Bahrain, Katar, Hongkong, Ecuador und Brasilien.

Konsequent ist man bei der Wahl der Exportländer aber keineswegs: 2018 habe H&K unter anderem nach Jordanien, Indien, in den Oman und die – am Jemenkrieg maßgeblich beteiligten – Vereinigten Arabischen Emirate exportiert. Waffen wurden unter anderem nach Indonesien, Malaysia und Südkorea geliefert.

Heckler & Koch habe „die ‚Grüne-Länder-Strategie‘ aufgeweicht“, um weitere Staaten als „unbedenklich“ einstufen zu können, kritisiert Charlotte Kehne von der Organisation „Ohne Rüstung Leben“, die ebenfalls an der Hauptversammlung teilnahm. Es gebe nun neue Kriterien wie die Interpol-Mitgliedschaft oder EU-Sicherheitspartnerschaft eines Landes. Die eigenen Exportregeln würden dadurch „schwammig“, meint Kehne. Denn in Ausnahmefällen sollten beispielsweise auch der Oman, Indonesien, Malaysia, Chile, Jordanien, Indien und Singapur beliefert werden können. Das sei „un glaublich“, sagt Jürgen Grässlin.

Indes stockt das Vorhaben von H&K, in den USA Fuß zu fassen. In Georgia hatte das Unternehmen 2017 zum ersten Mal eine Fabrik im Ausland bauen lassen, die von H&K selbst betrieben wird. Üblich war bislang, dass andere Firmen mit H&K-Lizenzen Waffen herstellen, wie in Pakistan oder Saudi-Arabien. Da die Vereinigten Staaten den größten „zivilen“ Kleinwaffenmarkt der Welt darstellen, sah man dort Wachstumspotenzial.

Das Projekt liege aber weit hinter den Erwartungen zurück, berichtete die Firma nun. Man habe Verluste eingefahren. Mehrere Entwicklungsprojekte für neue Waffentypen seien eingestampft worden, derzeit werde von den neuen Waffen nur noch eine Pistole in den USA produziert. Man habe sich von einem dortigen CEO getrennt und die US-Tochtergesellschaft enger an Oberndorf gebunden, hieß es.

Charlotte Kehne sieht die Gefahr, dass über das US-Werk in Zukunft Waffen in „nicht grüne“ Länder exportiert werden könnten. Dem widersprach H&K auf der Hauptversammlung vehement. Zwar würde die neu entwickelte Pistole tatsächlich nur noch eine US-Ausfuhrgenehmigung benötigen. Das Werk in den USA sei aber nicht für Exporte zur Umgehung deutscher Rechtsstandards gedacht.

Trotzdem, widerspricht Kehne, stelle sich am Beispiel der USA grundsätzlich die Frage, was ein „grünes“ Land sei. Denn die USA seien nicht nur an Kriegseinsätzen beteiligt. Innerhalb der Landesgrenzen stürben auch jedes Jahr über zehntausend Menschen durch den Einsatz von Schusswaffen. Zudem sei es möglich, dass problemlos legal erworbene Waffen anschließend illegal weiterverbracht würden, zum Beispiel nach Mexiko. „Wir werden auch hier wachsam bleiben“, sagt Kehne.

Ein offenes Geheimnis ist, wieso der bisherige Aufsichtsratschef Dieter John abgesetzt und auf Vorschlag von Großaktionär Andreas Heeschen gegen den 77-jährigen General a. D. der Luftwaffe Harald Kujat ausgetauscht wurde. Tatsächlich hätte H&K die Kontakte zur Vergabestelle der Bundeswehr von Kujat – immerhin ehemaliger Generalinspekteur der Armee – bitter nötig, will man bei der 245-Millionen-Euro-Ausschreibung für den Nachfolger des G36-Sturmgewehrs der Bundeswehr noch eine Chance haben. Kujat – eine „reine Lobbyismuskanone“ (Jürgen Grässlin) – hatte bereits vor seiner Ernennung angekündigt, er wolle sich in die Ausschreibung der Bundeswehr nicht einmischen, aber H&K sei wohl alternativlos.

Zwei Millionen Tote

Erstmals in der knapp 70-jährigen Unternehmensgeschichte wurde H&K im Februar wegen illegaler Waffenlieferungen nach Mexiko verurteilt. Das LG Stuttgart verdonnerte die Waffenschmiede zu einer Strafzahlung von gut 3,7 Millionen Euro. Ein Ex-Vertriebsleiter und eine Ex-Sachbearbeiterin wurden zwar zu Haftstrafen auf Bewährung verurteilt. Für zwei ehemalige Geschäftsführer und einen anderen Ex-Vertriebsleiter gab es aber Freisprüche. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch H&K legten Revision gegen das LG-Urteil ein, der Prozess wird wohl erst in einem Jahr vor dem Bundesgerichtshof weitergehen.

Jürgen Grässlin hat anhand jahrzehntelanger Recherchen und Militärdaten errechnet, dass bereits „über zwei Millionen Menschen durch H&K-Waffen getötet wurden“. Er schätzt, dass als Folge einer expansiven Exportpolitik seit den 1960er Jahren H&K-Waffen weltweit zudem über sechs Millionen Menschen verstümmelt hätten.

Rüstungsaktivisten nennen Heckler & Koch deshalb weiterhin „das tödlichste Unternehmen Deutschlands“.

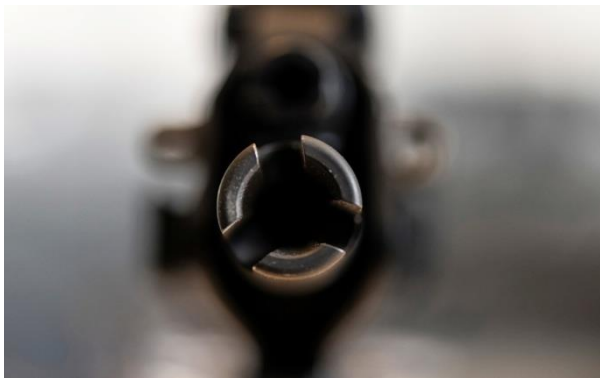
Bemerkenswert waren die Antworten auf Fragen einer Aktivistin zum Einsatz von H&K-Waffen im Jemen-Krieg. Das Unternehmen erklärte dazu auf der Hauptversammlung, man erhebe keine Daten darüber, wo H&K-Waffen von wem gegen Menschen verwendet würden. Der Einsatz von H&K-Sturmgewehren im Jemen-Krieg sei ihm nicht bekannt — dabei sind entsprechende Berichte von *ZEIT* und Deutscher Welle ein Jahr alt.

<https://www.freitag.de/autoren/benmen/waffennarren-angeschossen>

DER SONNTAG vom 21.07.2019

Tödliche Geschäfte

Erfolge nach 35 Jahren Protest: Jürgen Grässlin und der Waffenbauer Heckler und Koch.



Waffenexporte sind in Deutschland zu einem öffentlichen Thema geworden.
Foto: Patrick Seeger

Der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin sorgt seit Jahrzehnten für Negativschlagzeilen über den Waffenhersteller Heckler und Koch. Durch eine Anzeige hat er dem Oberndorfer Unternehmen auch noch eine Strafe von 3,7 Millionen Euro beschert. Dennoch lädt der neue Chef den Freiburger auf ein Bier ein. Was ist da passiert?

[Foto] Jürgen Grässlin

Unter den Füßen knackte es. "Ein ekelhafter Ton. Das lässt mich nicht mehr los", sagt Jürgen Grässlin und schaut für einen Augenblick betroffen. Dann lacht er. Die Erinnerung behält er – von ihr zermürben lässt er sich aber nicht. Was da 2002 unter einer dünnen Sandschicht im Norden Somalias knackte, waren Knochen und Schädel von Opfern einer Exekutionsstätte.

Grässlin hat schon einige dieser Orte aufgesucht. Dreierlei Munition finde man dort

hauptsächlich im Boden: von russischen Kalaschnikows, von US-amerikanischen M 16 und von G 3- und G 36-Gewehren aus Oberndorf – von Heckler und Koch. Zu dem Platz führte ihn damals Samiira Jama Elmi. Die traumatisierte Frau suchte nach den sterblichen Überresten ihrer hingerichteten Mutter, Grässlin nach Hinweisen auf die Waffen der Täter. "Fast alle Menschen dort sind vom Bürgerkrieg traumatisiert", sagt der Friedensaktivist, der damals 7,62-Millimeter-Munition fand. "Ein deutlicher Hinweis auf das G 3."

Solche Berichte, diesen Eindruck hat Grässlin gewonnen, treffen inzwischen auch den Waffenhersteller in Oberndorf. Im Februar musste das hochverschuldete Unternehmen feststellen, dass es auch an anderer Stelle verwundbar ist: Eine Strafanzeige Grässlins aus dem Jahr 2010 wegen illegaler Gewehrverkäufe nach Mexiko führte zu einer saftigen 3,7-Millionen-Euro-Strafe. Die Berichte über solche Geschäfte haben Folgen: Über 80 Prozent der Deutschen sprechen sich in Umfragen gegen Waffenexporte in Krisenregionen aus. "Das ist weltweit einmalig", sagt Grässlin.

Bislang galt der 61-jährige Freiburger Realschullehrer als unerwünschte Person in Oberndorf. Doch der Waffenhersteller hat zur Überraschung seiner Kritiker seinen Kurs geändert. Eine neue Unternehmensleitung führte 2016 die sogenannte Grüne-Länder-Liste ein: Waffen werden nur noch an Nato- und an mit der Nato verbundene Staaten sowie an EU-Länder geliefert. 2018 wurde diese Liste zwar um acht aus Sicht Grässlins teils problematische Staaten erweitert, doch Exporte nach Brasilien nach der Wahl des rechtsnationalen Präsidenten Jair Bolsonaro und in das Nato-Land Türkei wurden ausgesetzt. "Bei den Kleinwaffen kommen wir voran", bilanziert Grässlin, der seit 35 Jahren gegen Rüstungsexporte kämpft und früher auch schon mal von einem Mitarbeiter von Heckler und Koch gewarnt wurde [...].

Weil Heckler und Koch inzwischen eine Aktiengesellschaft ist, haben Kritiker mit dem Besitz mindestens einer Aktie Zugang zu Hauptversammlungen. Mit dieser Methode hat sich Grässlin vor Jahren beim Daimler-Konzern Gehör und Respekt mit seinen Fragen verschafft, vergangene Woche saßen er und seine Mitstreiter in der Aktionärsversammlung von Heckler und Koch in Rottweil und ließen sich 120 Fragen etwa zu Waffenexporten beantworten.

Erstmals waren sogar Journalisten zugelassen. Grässlin attestiert dem Hausherrn einen fairen und höflichen Umgang. Vorstandschef Jens Bodo Koch lud seinen hartnäckigsten Kritiker sogar zu einem Bier ein. Er werde die Einladung nicht ausschlagen, sagt Grässlin. Seinen Kampf will der Freiburger aber unvermindert weiterführen, bis das Unternehmen auf friedliche Produkte umstellt. In der Versammlung forderten die Kritiker auch einen Opferfonds für durch G 3- und G 36-Gewehre Verstümmelte und Angehörige von Opfern wie Samiira Jama Elmi in Somalia. Eines will Grässlin aber nicht: den Ruin des Unternehmens. Denn der könnte dazu führen, dass sich US-Konzerne Teile der Produktion herauspicken. Damit wären alle Fortschritte beim Waffenexport zunichte gemacht.

Erfolge wie in Oberndorf erhofft sich das von Grässlin mitinitiierte Bündnis Aktion Aufschrei mit 152 Mitgliedsorganisationen langfristig auch gegen den weltweiten Waffenhandel. Auf der Internetseite <http://www.gn-stat.org> will das Bündnis Waffengeschäfte und ihre Folgen öffentlich machen. Die Seite richtet sich insbesondere an Journalisten, Whistleblower, Menschenrechts- und Friedensaktivisten. Zu lesen sind die Texte in sieben Sprachen.

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe von "Der Sonntag" vom So, 21. Juli 2019:
Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

<https://www.badische-zeitung.de/freiburg/toedliche-geschaefte--175542555.html>

Anmerkung: Das GLOBAL NET - STOP THE ARMS TRADE ist ein Projekt des RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Gründungsmitglied der Kampagne "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!"

Printmedien

DIE WELT Print vom 13.07.2019

Wirtschaft

Heckler & Koch macht wieder Gewinn Vorstand verspricht ein bisschen mehr Transparenz

Von Gerhard Hegmann

Die prominenteste Person fehlte. „Es wäre schön gewesen, wenn er gekommen wäre“, sagt Friedensaktivist Jürgen Grässlin. Aber Harald Kujat, der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, kam nicht zur Hauptversammlung von Heckler & Koch (H&K). „Aus persönlichen Gründen verhindert“, so hieß es. Dabei soll der Ex-General künftig als Aufsichtsratsvorsitzender die Geschäfte des Waffenherstellers kontrollieren, und es ist üblich, dass sich Kandidaten bei den Aktionären vorstellen, wenn sie sich zur Wahl stellen. Doch bei Heckler & Koch ist vieles ungewöhnlich. Kujat ist genauso wie der öffentlichkeitsscheue Haupteigentümer des Unternehmens, Andreas Heeschen, nicht anwesend. Heeschen gehört die Mehrheit an der Traditionsfirma aus Oberndorf.

Der Unternehmer hatte die Wahl des Ex-Generals noch auf den letzten Drücker ergänzend auf die Tagesordnung setzen lassen. Friedensaktivist Grässlin hat dabei eine Vermutung im Zusammenhang mit der Ausschreibung für das neue Sturmgewehr der Bundeswehr. Es sei „der verzweifelte Versuch, den G36-Nachfolgeauftrag doch noch zu ergattern – und sei es über puren Lobbyismus“, sagt Grässlin.

Auf der Hauptversammlung hätte Kujat erleben können, wie über ein Dutzend Friedensaktivisten und Vertreter des Verbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre insgesamt 125 Fragen an den Vorstand stellten. Nur vereinzelt ging es um die Riesenausschreibung für das neue Sturmgewehr für die Bundeswehr als Nachfolgemodell des G36. Viel detaillierter wurde gefragt, welche Waffen in welchem Umfang in diverse Länder auf dem Globus geliefert wurden. Der Heckler & Koch-Vorstand versuchte dagegen, mit dem Versprechen auf mehr Transparenz und der Ankündigung über die Rückkehr in die Gewinnzone 2019 bei den Aktionären zu punkten. Erstmals durften Journalisten an der Hauptversammlung teilnehmen. Für Vorstandschef Jens Bodo Koch ist das Unternehmen nach zwei schwierigen Jahren mit Produktions- und Qualitätsproblemen nunmehr „wieder auf Kurs“.

Die Transparenz hat aber auch Grenzen. Das wurde sehr deutlich: Auf mehrfache Fragen, wer der unbekannte Aktionär ist, der zuletzt insgesamt 80 Millionen Euro Kredit gewährte, um den Fortbestand des Unternehmens abzusichern, wurde keine Antwort gegeben – aus Datenschutz, Personenschutz und Vertraulichkeit, sagte der H&K-Chef. Deutlich widersprach er Schlagzeilen über eine drohende Pleite des Waffenherstellers. Vielmehr sei bei dem Unternehmen mit gut 236 Millionen Euro Schulden zur Jahresmitte 2019 wieder ein Überschuss erzielt worden. Der Umsatz kletterte in den ersten sechs Monaten um 15 Prozent auf 126,9 Millionen Euro.

Die Forderung von Friedensaktivisten zur Umstellung der Waffenproduktion auf zivile Produkte lehnte der Aufsichtsratschef aber als unrealistisch ab. Waffen hätten ihre Berechtigung. „Polizisten und Soldaten sind übrigens ganz wohl der Meinung, dass sie für die Ausübung ihres Berufes eine Waffe führen sollten“, sagte Koch. Einen in früheren Jahren in Aussicht gestellten Opferfonds lehnt der Vorstand ebenfalls ab. Es soll aber ein Alternativkonzept erarbeitet werden.

Auf Aktionärsfrage gab Koch bekannt, dass nach der Amtsübernahme des neuen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro keine Waffen mehr in den südamerikanischen Staat geliefert werden. In den Vorjahren wurden noch Hunderte Waffen verschiedenen Typs exportiert. Heckler & Koch hatte 2016 eine „Grüne-Länder-Strategie“ für sein Neugeschäft angekündigt. Demnach werden Waffen nur noch in EU-, Nato- oder gleichgestellte Länder geliefert. So wurden Anfragen aus Katar, Bahrain oder Ecuador abgelehnt. Auch nach Hongkong werden nach den jüngsten Demonstrationen in der Metropole keine Waffen mehr geliefert.

Deutliche Kritik wurde von den Friedensaktivisten an den illegalen G36-Exporten nach Mexiko geäußert. Gegen ein Bußgeld über 3,7 Millionen Euro nach einem Urteil des Landgerichts Stuttgart vom Februar wird das Unternehmen am 15. Juli Revision einlegen.

https://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article196794039/Heckler-Koch-macht-wieder-Gewinn.html

Pressemitteilung Heckler & Koch

Heckler & Koch: General a.D. Harald Kujat wird neuer Aufsichtsrat

12.07.2019



- Aktionärsversammlung bestätigt Kurs des Vorstands - Vorstand und Aufsichtsrat erwartungsgemäß entlastet - Wiederholt konstruktiver Dialog mit „kritischen Aktionären“

Die H&K AG erhält prominente Verstärkung im Aufsichtsrat: General a.D. Harald Kujat ist auf der Hauptversammlung der H&K AG am 12. Juli 2019 in Rottweil zum Mitglied des Aufsichtsrates gewählt worden und verstärkt das Unternehmen ab sofort mit seiner außergewöhnlicher Expertise und seiner über die Grenzen Deutschlands hinaus

respektierten Stimme. Kujat war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Der frühere Luftwaffengeneral gilt in sicherheitspolitischen Kreisen als langjähriger Fachmann und Vertrauensperson.

„Wir sind wieder auf Kurs!“, so die zentrale Botschaft des Vorstands an die versammelten Aktionärinnen und Aktionäre. Die Vorstände der H&K AG, CEO Dr.-Ing. Jens Bodo Koch und CFO Dr. Björn Krönert, bestätigten ein positives Ergebnis nach Steuern im ersten Halbjahr 2019 und weiterhin eine positive Prognose für das Gesamtgeschäftsjahr 2019. Der Umsatz der H&K AG betrug im ersten Halbjahr 2019 126,9 Mio. Euro. Das ist im Vergleichszeitraum zum ersten Halbjahr 2018 eine Steigerung um über 15 Prozent.

Erwartungsgemäß wurden Vorstand und Aufsichtsrat mit deutlicher Mehrheit entlastet. Alle in der Tagesordnung aufgeführten und von der Verwaltung vorgetragene Beschlussvorschläge wurden mit wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Im konstruktiven Dialog auch mit den „kritischen“ Aktionärinnen und Aktionären betonte Dr. Koch die Bedeutung der „Grüne-Länder-Strategie“ von Heckler & Koch (Waffenexporte grundsätzlich nur an EU/NATO/NATO-gleichstellt) als Maxime für die gesamte Unternehmensgruppe.

Über Heckler & Koch

Heckler & Koch ist ein führender Hersteller von Kleinwaffen mit festen Wurzeln am Standort Deutschland. Seit 70 Jahren ist das Unternehmen ein zuverlässiger Partner für Sicherheitskräfte, Polizei, Streitkräfte und Sondereinsatzkräfte von EU- und NATO-Staaten sowie von NATO-gleichgestellten Staaten. Heckler & Koch steht für höchste Qualität und innovative Produkte. Darüber hinaus ist Heckler & Koch der einzige Kleinwaffen-Anbieter mit einem umfassenden Produktportfolio. Das Sortiment umfasst Pistolen, Maschinenpistolen, Sturmgewehre, Präzisionsgewehre, Maschinengewehre, Trainingssysteme sowie 40mm-Systeme. Zur international operierenden Unternehmensgruppe mit Sitz in Oberndorf am Neckar gehören Tochtergesellschaften in den USA, Frankreich und Großbritannien.

Pressestelle: presse@heckler-koch-de.com

<https://www.heckler-koch.com/de/presse/detail/article/heckler-koch-general-ad-harald-kujat-wird-neuer-aufsichtsrat.html>

Deutschlandfunk vom 12.07.2019

Heckler und Koch

Volle Auftragsbücher beim Waffenhersteller

Pistolen, Sturmgewehre und andere Handfeuerwaffen: Damit verdient die Firma Heckler & Koch ihr Geld – angefeindet von Friedensaktivisten, geschätzt von

Bundeswehr und anderen Armeen. Auch wenn die Nachfrage beim Waffenhersteller gerade hoch ist, kämpft man dort noch immer mit einem riesigen Schuldenberg.

Von Uschi Götz

Hören Sie unsere Beiträge in der Dlf Audiothek



Ein Sturmgewehr des Waffenherstellers Heckler & Koch (picture alliance / Patrick Seeger/dpa)

„Wir sind wieder auf Kurs!“ Das sagte Vorstandschef Jens Bodo Koch gleich zu Beginn der Hauptversammlung in Rottweil. Man sei inmitten eines notwendigen Veränderungsprozesses stecken geblieben, die Auswirkungen seien vor allem in der Produktion spürbar gewesen. Der Abbau von Personal im Führungsbereich sowie eine optimierte Produktion trügen nun zur Wende bei.

Nach zwei verlustreichen Jahren konnte der Waffenhersteller das erste Halbjahr mit einem positiven Ergebnis abschließen, konkrete Zahlen für das Ergebnis nach Steuern wurden jedoch heute nicht genannt.

Die Nachfrage nach Waffen steigt derzeit

Der Umsatz ist demnach im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um über 15 Prozent auf rund 127 Millionen Euro gestiegen. Doch noch immer kämpft der Waffenhersteller mit einem Schuldenberg von über 200 Millionen Euro. Ein unbekannter Hauptaktionär half in der Vergangenheit mit Krediten in Höhe von über 80 Millionen Euro aus. Für das Gesamtjahr sei man verhalten optimistisch, so Vorstandschef Koch. Erstmals in der Geschichte des Unternehmens sind auch Pressevertreter bei der Hauptversammlung zugelassen. Dabei handelt es sich um eine kleine Runde von höchstens 50 Aktionären.

Offen für kritische Stimmen

Unter ihnen sind auch sogenannte kritische Aktionäre, wie der Rüstungsaktivist Jürgen Grässlin, der am Morgen die Unternehmensspitze ausdrücklich lobte: „Anders als bei Rheinmetall, bei Daimler, bei Airbus, der Vorstand und der Aufsichtsrat von Heckler und Koch inzwischen bereit sind zur Kommunikation. Sie hören aufmerksam zu, sie haben auch schon im letzten Jahr schon sehr sachlich und tatsächlich ausführlich Stellung bezogen zu unseren Fragen. Und das eröffnet die Chance, dass wir gemeinsam in die Zukunft gehen.“

Grässlin und mit ihm Mitglieder des Bündnisses „Aktion Aufschrei“ hoffen auf den Beginn eines neuen Prozesses bei Heckler und Koch: „Der sukzessive wegführt von der Waffenproduktion hin zu regenerativen Energiequellen und den Produkten der Medizintechnik oder Umwelttechnik.“

Ein Ex-General als Helfer hinter den Kulissen

Die Auftragsbücher des Waffenherstellers sind indes voll. Bestellungen aus dem In- und Ausland liegen vor, etliche Bundesländer orderten für ihre Polizisten Waffen aus Baden-Württemberg. Auch aus Ländern wie Frankreich, Norwegen und Litauen liegen millionenschwere Aufträge vor.

Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur geht davon aus, dass Heckler und Koch auch das G 36 Nachfolgewehr für die Bundeswehr produzieren wird. Noch wird über Ausschreibungsinhalte gestritten, doch vielleicht könnte Kujat hinter den Kulissen vermittelnd eingreifen. Denn der 77 Jährige soll heute von der Hauptversammlung zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt werden.

Ob der Kurs des Waffenherstellers stimmt, wird sich schon bald zeigen. Seit geraumer Zeit arbeitet die Belegschaft wöchentlich 2, 5 Stunden pro Woche mehr und das ohne Bezahlung. Friedensaktivist Jürgen Grässlin kennt das Unternehmen Heckler und Koch schon lange, er glaubt nicht an bessere wirtschaftliche Zeiten: „Der Aktienkurs ist weiter gesunken, die Beschäftigten müssen unentgeltlich mehr arbeiten, also das Unternehmen steht an der Kante.“

Die weitere Entwicklung des Waffenherstellers dürfte künftig weniger ein Geheimnis sein, zumindest versprechen das einige Schlussworte des Vorstandschefs heute: „Wir sind offen, wir sind transparent, wir sind zum Dialog bereit“ sagte Jens Bodo Koch vor den Aktionären in Rottweil.

https://www.deutschlandfunk.de/heckler-und-koch-volle-auftragsbuecher-beim-waffenhersteller.766.de.html?dram:article_id=453734

Schwäbische Zeitung vom 12.07.2019

Heckler & Koch startet Charme-Offensive

Vorstände sehen Licht am Ende des Tunnels, kritische Aktionäre melden Zweifel an

Von Lothar Häring

Rottweil - „Heckler & Koch ist wieder auf Kurs.“ So stand es ganz vorne auf der Leinwand im Tagungssaal und so betonte es Jens Bodo Koch, Vorstandsvorsitzender des hoch verschuldeten Oberndorfer Waffenherstellers gestern bei der siebenstündigen Hauptversammlung. Doch die kritischen Aktionäre mit Rüstungsgegner Jürgen Grässlin an der Spitze meldeten Zweifel an – und fühlten sich durch Fakten bestätigt.

Es war ein historischer Tag in der ältesten Stadt Baden-Württembergs. Zum ersten Mal öffnete Heckler & Koch die Türen und gestattete Journalisten den Zugang zum Aktionärstreffen. Dabei soll es nicht bleiben. Koch, der seit Mai 2018 im Amt ist und nur zufällig den gleichen Namen wie die Firma trägt, kündigte nicht nur eine neue

Transparenz an, sondern startete auch eine Charme-Offensive. Er würdigte die Leistungen der in weiten Teilen frustrierten, rund 900 Mitarbeiter, kündigte eine neue Firmenkultur an und demonstrierte einen betont pfleglichen Umgang mit den kritischen Aktionären.

Geduldig und aufmerksam hörte er sich zusammen mit Finanzvorstand Björn Krönert ihre annähernd 150 Fragen – in der Sache hart, im Ton verbindlich – an. Zusammen mit dem Aufsichtsrat beantworteten die beiden anschließend geduldig Punkt um Punkt. Allerdings blieben am Schluss Unklarheiten. Zum Beispiel der Name des geheimnisvollen Großaktionärs, der zwei Überbrückungskredite in Höhe von insgesamt rund 80 Millionen Euro gewährt und so das Unternehmen vor dem drohenden Aus bewahrt hatte, Man könne das aus Gründen des Datenschutzes nicht sagen, erklärte Koch in der von gegenseitiger Achtung geprägten Diskussion.

Dass die Lage bei Heckler & Koch angespannt bleibt, zeigt der unveränderte Schuldenstand von 236 Millionen Euro. Doch nach Ansicht der beiden Vorstände gibt es Grund zum Optimismus: Der Umsatz ist nach ihren Worten im ersten Halbjahr um 15 Prozent auf 127 Millionen Euro gestiegen. Auch das Ergebnis sei positiv (eine Zahl gab es nicht) – nach Verlusten von rund 13 und neun Millionen Euro in den beiden vergangenen Jahren. Ende 2018 sei mit einem „leichten Gewinn“ zu rechnen. Damit trage die Umstrukturierung erste Früchte. Unter anderem habe man die Zahl der Führungskräfte von 51 auf 40 reduziert. Krönert räumte ein, dass der Schuldenstand im Vergleich zum Umsatz hoch sei, allerdings müsse man auch bedenken, dass allein 140 Millionen Euro der Kredite von eigenen Aktionären stammten.

Einmal mehr nicht zur Hauptversammlung erschienen war Hauptaktionär Abreas Heeschen. Er hält 16 Millionen der insgesamt rund 27 Millionen Aktien. Die kritischen Aktionäre sind glücklich, insgesamt 30 Stück erobert und sich so einen gewissen Einfluss gesichert zu haben. Ihr Anteil beträgt damit 0,01 Prozent.

Bemerkenswert die Antwort auf die Frage von Jürgen Grässlin, ob es stimme dass Heeschen einen Teil seiner Aktien verpfändet habe. Vorstandschef Koch verneinte das nicht, sondern erklärte, das liege „im Ermessen der einzelnen Aktionäre“. Ebenfalls nicht erschienen war Harald Kujat, der auf Vorschlag von Heeschen zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt werden sollte.

Der heute 78-Jährige war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr, danach Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, den höchste Posten des Verteidigungsbündnisses. Er soll nun mit seinen Verbindungen Aufträge für Heckler & Koch hereinholen. Während alle Anträge mit 99,9 Prozent durchgingen, gab es bei Kujat mit 94,2 Prozent mehr Bedenken als nur die der kritischen Aktionäre. Er wird künftig mehr als 60 000 Euro im Jahr verdienen.

Die Rüstungsgegner waren es auch, die freundlich, aber beharrlich die „grüne Strategie“ von Heckler & Koch in Zweifel zogen. Demnach sollen nur noch demokratische Staaten mit westlichen Werten mit Waffen beliefert werden. Die Kritiker bestätigten dem Unternehmen zwar Fortschritte, zeigten sich aber auch entsetzt, dass weiterhin auch Staaten „mir katastrophalen Menschenrechtslagen“ wie Indonesien, Jordanien, Oman oder Indien weiterhin Gewehre und Pistolen aus Oberndorf erhalten.

https://www.schwaebische.de/ueberregional/wirtschaft_artikel,-die-charme-offensive-des-waffenherstellers-heckler-koch-aid.11082597.html

Schwarzwälder Bote vom 12.07.2019

Heckler & Koch nach Verlustjahren „verhalten optimistisch“

Von Marcella Danner

[Foto] Heckler & Koch war im vergangenen Jahr tief in den roten Zahlen - und sieht nun etwas Licht im Tunnel. Foto: dpa

Oberndorf/Rottweil - „Wir sind wieder auf Kurs.“ Der CEO des Oberndorfer Rüstungsunternehmens Heckler & Koch, Jens-Bodo Koch, verbreitet in der Hauptversammlung der H&K AG gute Stimmung. Der passionierte Segler spricht im Rottweiler „Badhaus“ am Freitag in maritimen Bildern. Der schwäbische Waffenhersteller habe sich bei Kochs Amtsantritt im Mai 2018 in „schwerer See“ befunden. Aus dieser finanziellen Schiefelage will man sich jetzt wieder herausmanövrieren.

Dass Kochs Worte von lautem Gewitterdonner über dem Neckartal begleitet wird, nimmt dabei niemand als schlechtes Omen wahr. Überhaupt: Die Versammlung verläuft alles andere als turbulent. Man befasst sich viel mit Zahlen – üblich und alles andere als überraschend, wenn Aktionäre zusammentreten.

Absolutes Novum freilich ist die Anwesenheit der Presse bei der Hauptversammlung. Erstmals hat Heckler & Koch Journalisten zugelassen. Für CEO Jens-Bodo Koch persönlich kein Sinneswandel, sondern eine Selbstverständlichkeit, wie er in einem kurzen Gespräch mit unserer Zeitung betont. Der in jüngster Zeit viel beschworenen Transparenz und neuen Offenheit des Unternehmens lässt er also Taten folgen.

Schuldenberg beträgt 236 Millionen Euro

Der Umgang mit den „Kritischen Aktionären“, die einen minimalen Bruchteil der etwa 27 Millionen Anteile besitzen, ist ebenfalls entspannt. An die 125 Fragen stellten die Rüstungsgegner in der Versammlung, auf die alle mehr oder weniger ausführlich eingegangen wird. Im lockeren Pausengespräch sieht man Friedensaktivist Jürgen Grässlin mit den Chefs von H&K beisammenstehen – vor wenigen Jahren noch undenkbar.

Die nominellen Finanzschulden des Unternehmens betragen rund 236 Millionen Euro – zu viel, gemessen an der Größe der Rüstungsfirma und den Umsätzen. Manch einer sieht sogar schon die Insolvenz von Heckler & Koch am Horizont aufziehen.

Deshalb, sagt Koch, habe man die Segel neu gesetzt. Erste Ergebnisse der Kursregulierung: Die Organisation wurde verschlankt – von 51 auf 40 Führungskräfte. Eine Ebene habe man ganz gestrichen. Umsatz- und Ergebnissteigerung in den ersten beiden Quartalen 2019 und ein positives Ergebnis nach Steuern im ersten Halbjahr 2019 stimmen positiv. Der Auftragseingang lag 2018 bei rund 290 Millionen Euro und

liegt im ersten Quartal 2019 über den Erwartungen, versichert Koch. Die Prognose für das gesamte laufende Geschäftsjahr sei positiv.

Nachdem man in den beiden Vorjahren satte Verluste in zum Teil zweistelligen Millionenbereich eingefahren hat, zeigt sich Koch „verhalten positiv“, dass Heckler & Koch 2019 mit einem Jahresüberschuss abschließen könne. „Aufgrund verlässlicher Lieferterminezusagen und sehr guter Produkte haben unsere Kunden spürbar wieder Vertrauen in unser Unternehmen zurückgewonnen,“ spielt er auf Lieferengpässe und Klagen über mangelnde Qualität in den Vorjahren an. Eine Entscheidung des Verteidigungsministeriums für das Nachfolgewehr des G36, um dessen Lieferung sich H&K beworben hat, sei für das zweite Halbjahr 2019 anvisiert.

Der Vorstandschef bekräftigt erneut die Gültigkeit der Grüne-Länder-Strategie für die Unternehmensgruppe. Auch Brasilien oder Hongkong würden aufgrund der politischen Umbrüche dort nicht mehr beliefert, entsprechende Anfragen habe man negativ beschieden, beantwortet Koch Fragen der „Kritischen Aktionäre“. „Wir rüsten aus, wer unsere demokratischen Werte schützt und verteidigt.“

Grässlin warnt vor Strategie-Desaster

Zur Kurskorrektur gehört auch der Sanierungstarifvertrag, der mit der IG Metall abgeschlossen wurde. Mitarbeiter arbeiten statt 35 jetzt 37,5 Stunden pro Woche – ohne Lohnausgleich. Führungskräfte verzichten auf 6,6 Prozent ihres Gehalts. Sonstige Gratifikationen wie Aktienpakete gibt es laut Koch weder für Vorstands- noch für Aussichtsratsmitglieder.

Finanzvorstand Björn Krönert geht detaillierter aufs Zahlenwerk ein. Sein Fazit: „Die Zahlen zeigen, dass der Beginn des neuen Geschäftsjahres vielversprechend ist.“ Auch er sieht Heckler & Koch wieder „auf Kurs“. Ganz im Gegensatz zu Jürgen Grässlin. Der „Kritische Aktionär“ spricht von einem „Strategie-Desaster“. Der Umgang mit Mitarbeitern lasse zu wünschen übrig, wie er anhand eine E-Mail eines H&K-Beschäftigten dokumentiert. Unbequeme Stimmen wie die des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Martin Stussak würden durch Kündigung abgestellt. Zum noch laufenden Arbeitsgerichtsverfahren will sich Jens-Bodo Koch freilich nicht äußern. Er erklärt jedoch, Stussak sei nicht freigestellt, sondern für das Unternehmen tätig.

Ende des Jahres feiert das Rüstungsunternehmen 70. Geburtstag. Grässlin fragt nach, ob bei den Feierlichkeiten auch den „Kritischen Aktionären“ Redezeit eingeräumt werde, so dass es keine „reine Schönwetterveranstaltung“ wird. Koch verspricht, dies intern zu diskutieren.

Der Antrag der „Kritischen Aktionären“ auf Nichtentlastung des Vorstands findet erwartungsgemäß keine Mehrheit. Sie verfügen gerade mal über 20 bis 30 Aktien. Hauptaktionär Andreas Heeschen ist – wie erwartet – nicht erschienen, sondern hat einen Bevollmächtigten zur Stimmabgabe entsendet.

Auf die Frage nach dem „anonymen Großaktionär“, der H&K mit einem Überbrückungskredit aus den Liquiditätsproblemen geholfen habe, bekommen die kritischen Aktionäre keine zufriedenstellende Antwort. Koch verweist auf Persönlichkeitsschutz und „zwingende Vertraulichkeitsgründe“. Der von den

Rüstungsgegner geforderte Opferfond wird weiterhin nicht eingerichtet. Politisch wird es dann doch noch einmal. Zum Thema Rüstungskonversion meint CEO Koch, Heckler & Koch sei ein verteidigungswichtiges Unternehmen für die Bundesrepublik und für die NATO. Hier lägen die Kompetenzen. Punkt.

<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.oberndorf-rottweil-heckler-koch-nach-verlustjahren-verhalten-optimistisch.f98c7390-e7b4-4136-819f-fe6d59998ec7.html>

DIE WELT ONLINE vom 12.07.2019

Wirtschaft

G36-Produzent

Ein bisschen mehr Transparenz bei Heckler & Koch

Von Gerhard Hegmann
Wirtschaftsredakteur



Ein Bundeswehrsoldat mit einem G36-Gewehr von Heckler und Koch. Derzeit läuft der Kampf um den Nachfolgeauftrag

Quelle: Getty Images

Aktionäre wollten wissen, wohin der traditionsreiche Gewehrhersteller seine Waffen geliefert hat – und woher der neue 80-Millionen-Kredit gekommen ist. Der Vorstand verspricht mehr Offenheit. Doch alle Fragen wurden nicht beantwortet.

Die prominenteste Person fehlte. „Es wäre schön gewesen, wenn er gekommen wäre“, sagt Friedensaktivist Jürgen Grässlin. Aber Harald Kujat, der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, kam nicht zur Hauptversammlung von Heckler & Koch (H&K). „Aus persönlichen Gründen verhindert“, hieß es.

Dabei soll der Ex-General aber künftig als Aufsichtsratsvorsitzender die Geschäfte des Waffenherstellers kontrollieren, und es ist üblich, dass sich Kandidaten bei den Aktionären vorstellen, wenn sie sich zur Wahl stellen.

Doch bei Heckler & Koch ist vieles ungewöhnlich. Kujat ist genauso wie der öffentlichkeitsscheue Haupteigentümer des Unternehmens, Andreas Heeschen, nicht anwesend. Heeschen gehört die Mehrheit an der Traditionsfirma aus Oberndorf.

Der Unternehmer hatte die Wahl des Ex-Generals noch auf den letzten Drücker ergänzend auf die Tagesordnung setzen lassen. Friedensaktivist Grässlin hat dabei eine Vermutung im Zusammenhang mit der Ausschreibung für das neue Sturmgewehr

der Bundeswehr. Es sei „der verzweifelte Versuch, den G36-Nachfolgeauftrag doch noch zu ergattern – und sei es über puren Lobbyismus“, sagt Grässlin.



G36-Nachfolger

Größeres Kaliber, mehr Reichweite – neues Gewehr für Bundeswehr gesucht

Auf der Hauptversammlung hätte Kujat erleben können, wie über ein Dutzend Friedensaktivisten und Vertreter des Verbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre insgesamt 125 Fragen an den Vorstand stellten. Nur vereinzelt ging es um die Riesenausschreibung für das neue Sturmgewehr für die Bundeswehr als Nachfolgemodell des G36. Viel detaillierter wurde gefragt, welche Waffen in welchem Umfang in diverse Länder auf dem Globus geliefert wurden.

Der Heckler-&-Koch-Vorstand versuchte dagegen, mit dem Versprechen von mehr Transparenz und der Ankündigung über die Rückkehr in die Gewinnzone 2019 bei den Aktionären zu punkten. Erstmals durften Journalisten an der Hauptversammlung teilnehmen. Für Vorstandschef Jens Bodo Koch ist das Unternehmen nach zwei schwierigen Jahren mit Produktions- und Qualitätsproblemen nunmehr „wieder auf Kurs“.

Die Transparenz hat aber auch Grenzen. Das wurde sehr deutlich: Auf mehrfache Fragen, wer der unbekannte Aktionär ist, der zuletzt insgesamt 80 Millionen Euro Kredit gewährte, um den Fortbestand des Unternehmens abzusichern, wurde keine Antwort gegeben – aus Datenschutz, Personenschutz und Vertraulichkeit, sagte der H&K-Chef.

Deutlich widersprach er Schlagzeilen über eine drohende Pleite des Waffenherstellers. Vielmehr sei bei dem Unternehmen mit gut 236 Millionen Euro Schulden zur Jahresmitte 2019 wieder ein Überschuss erzielt worden. Der Umsatz kletterte in den ersten sechs Monaten um 15 Prozent auf 126,9 Millionen Euro.

Keine Waffenexporte mehr nach Brasilien

Die Forderung von Friedensaktivisten zur Umstellung der Waffenproduktion auf zivile Produkte lehnte der Aufsichtsratschef aber als unrealistisch ab. Waffen hätten ihre Berechtigung.

„Polizisten und Soldaten sind übrigens ganz wohl der Meinung, dass sie für die Ausübung ihres Berufes eine Waffe führen sollten“, sagte Koch. Einen in früheren

Jahren in Aussicht gestellten Opferfonds lehnt der Vorstand ebenfalls ab. Es soll aber ein Alternativkonzept erarbeitet werden.

Auf die Fragen eines Aktionärs gab Koch bekannt, dass nach der Amtsübernahme des neuen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro keine Waffen mehr in den südamerikanischen Staat geliefert werden. In den Vorjahren wurden noch Hunderte Waffen verschiedenen Typs exportiert.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article196791195/Heckler-Koch-Waffenhersteller-verspricht-mehr-Transparenz.html>

nau.ch [Beitrag von *dpa*]
Am 12. Juli 2019 - 19:03

Waffenhersteller Heckler & Koch mit Gewinn

An Heckler & Koch scheiden sich die Geister. Für Friedensaktivisten ist das schwäbische Unternehmen ein rotes Tuch, für viele Militärs weltweit steht es für solide Produkte. Die Firma war im vergangenen Jahr tief in den roten Zahlen - und sieht nun etwas Licht im Tunnel.

[Foto] Eigenen Angaben zufolge hat der hoch verschuldete Waffenhersteller Heckler & Koch die Verlustzone verlassen.
Foto: Patrick Seeger - *dpa-infocom GmbH*

Das Wichtigste in Kürze

- Der hoch verschuldete Waffenhersteller Heckler & Koch hat die Verlustzone nach eigenen Angaben verlassen.

Man habe im ersten Halbjahr 2019 einen Gewinn erzielt und sei auch für das Gesamtjahr «verhalten optimistisch», sagte Firmenchef Jens Bodo Koch auf der Hauptversammlung von H&K in Rottweil. Eine Zahl für das Nachsteuerergebnis nannte er nicht. Finanzvorstand Björn Krönert sprach von einem «leichten» Gewinn. Im Gesamtjahr 2017 hatte der Verlust bei 13 Millionen und 2018 bei 8 Millionen Euro gelegen.

Der Umsatz sei im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um gut 15 Prozent auf rund 127 Millionen Euro geklettert, sagte Firmenchef Koch und begründete die bessere Lage mit Kostensenkungen und geänderten Arbeitsabläufen sowie mit vollen Auftragsbüchern.

Heckler & Koch ist unter Druck. Die Lage ist so angespannt, dass die Arbeitnehmerseite sich unlängst zu unbezahlter Mehrarbeit von wöchentlich zweieinhalb Stunden bereiterklärt hatte. Die Firma mit rund 900 Mitarbeitern stellt Pistolen, Sturmgewehre und andere Handfeuerwaffen her. Grosskunden sind unter anderem die Bundeswehr und Frankreichs Armee.

Finanzchef Krönert ging auf den Schuldenberg ein, der im vergangenen Jahr von 182 Millionen auf 231 Millionen Euro gestiegen war. «Das ist gemessen am Umsatz und an der Grösse des Unternehmens ein sehr hoher Wert», räumte Krönert ein. Dennoch habe sich die Zinslast reduziert. Dies liegt nach seiner Darstellung an zwei Krediten über insgesamt 80 Millionen Euro von einem namentlich nicht genannten Hauptaktionär, der nur mit zwei Prozent verzinst wird. Der Ausblick sei besser geworden, betonte Krönert und verwies dabei auch auf die Schuldenhöhe vergangener Jahre - 2014 waren es den Angaben zufolge noch mehr als 300 Millionen Euro.

Die Firma setzt derzeit grosse Hoffnungen auf einen 250 Millionen Euro schweren Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums - das ebenfalls von H&K gefertigte Standard-Sturmgewehr der Bundeswehr, das G36, soll ersetzt werden durch ein Nachfolgemodell. Die Entscheidung könnte 2020 kommen.

Auf dem Programm stand in Rottweil auch die Wahl des früheren Generalinspektors der Bundeswehr, Harald Kujat, in den Aufsichtsrat. Der 77-Jährige wurde am frühen Abend wie erwartet an die Spitze des dreiköpfigen Gremiums gehievt. Grossaktionär Andreas Heeschen hatte den pensionierten General als Chefkontrolleur vorgeschlagen.

In dem bei der Hauptversammlung diskutierten Konzernabschluss wurde deutlich, dass Heckler & Koch mit Staaten ausserhalb der Nato wider Erwarten mehr Umsatz gemacht hat als zuvor. Der Anteil an den Gesamterlösen stieg 2018 von etwa zwei auf sieben Prozent, wie aus dem Papier hervorgeht. Die Firma begründet diese Entwicklung mit der «Abarbeitung eines Altvertrags sowie der Auslieferung nicht genehmigungspflichtiger Güter in den Rest der Welt». Nicht genehmigungspflichtige Güter sind zum Beispiel Schmiermittel oder Putzzeug für Waffen.

Bei besagtem Altvertrag geht es um eine Lieferung in den Oman. Dieser Vertrag ist nach Firmenangaben nun abgearbeitet. Seit 2016 macht die Firma nach eigenen Angaben nur noch Neugeschäfte mit «Grünen Ländern», also Nato-Staaten oder gleichgestellte Länder. Brasilien und Mexiko zum Beispiel fielen dadurch weg. Die Firmenspitze hat aber stets betont, dass man Verpflichtungen aus Altverträgen nachkommen werde. Die Zahlen verdeutlichen, dass solche Verträge noch immer eine relevante Grösse sind bei den H&K-Geschäften.

<https://www.nau.ch/news/europa/heckler-koch-macht-mehr-geschäft-mit-nicht-nato-staaten-65553099>

Von: „DIE LINKE. im Bundestag“ <pressemitteilungen@linksfraktion.de>

Betreff: Geschäft mit dem Tod endlich beenden

Datum: 12. Juli 2019 um 14:30:17 MESZ

An: pressemitteilungen@list.linksfraktion.de

Pressemitteilung von Heike Hänsel

Geschäft mit dem Tod endlich beenden

„Der Anstieg des Umsatzes der baden-württembergischen Waffenschmiede Heckler & Koch auch aufgrund der Geschäfte mit Staaten außerhalb der NATO ist eine eher zweifelhafte Erfolgsmeldung und Ausdruck der skandalösen Genehmigungspraxis der Bundesregierung für Rüstungsexporte in Drittstaaten. Obwohl Exporte in Drittstaaten laut Rüstungsexportrichtlinien nur in Ausnahmefällen genehmigt werden dürfen, werden sie immer mehr zur Regel. Davon profitiert auch Heckler & Koch, zum Beispiel durch Waffenlieferungen und mit Lizenzproduktionen in Saudi-Arabien und der Türkei, wodurch diese Waffen auch im blutigen Jemenkrieg zum Einsatz kommen. Auch verstärkte Waffenlieferungen in die USA können dazu beitragen, dass diese nach Lateinamerika oder in den Nahen Osten weiterexportiert werden. Rüstungsexporte an alle, jedoch insbesondere kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, müssen umgehend verboten werden“, erklärt Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Hauptversammlung von Heckler & Koch in Rottweil. Hänsel weiter:

„Das Anfang des Jahres gesprochene Urteil vor dem Landgericht Stuttgart, welches feststellte, dass Tausende G36-Gewehre illegal nach Mexiko exportiert wurden, zeigt die skrupellose Praxis von Heckler & Koch. Das Unternehmen schreibt trotz Umsatzsteigerungen rote Zahlen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Lohnverzicht und Mehrarbeit bezahlen müssen. Dies ist das genaue Gegenteil von sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Heckler & Koch muss endlich das Geschäft mit dem Tod beenden und in die zivile, nachhaltige Produktion einsteigen. Dafür fordert DIE LINKE einen Rüstungskonversionsfonds auf Bundes- und Landesebene, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Die Landesregierung kann nicht stolz darauf sein, dass Baden-Württemberg ein Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie mit Standorten in Ulm, Oberndorf und am Bodensee ist. Hier muss sie endlich aktiv werden. DIE LINKE wird sich weiterhin für ein gesetzlich festgeschriebenes Verbot von Rüstungsexporten einsetzen.“

Weitere Informationen:

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, D-11011 Berlin

Pressestelle

Michael Schlick, Pressesprecher

Fax: +49.30.227.56801

Tel. +49.30.227.52800
pressesprecher@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

junge welt Aus: Ausgabe vom 12.07.2019, Seite 3 / Schwerpunkt
Heckler & Koch

Kritische H-&K-Aktionäre protestieren zur Hauptversammlung gegen schmutzige Geschäfte



Ralph Orlowski/Reuters

Protest gegen das Geschäft mit dem Tod vor dem Stuttgarter Landgericht (21.2.2019)

Anlässlich der am heutigen Freitag in Rottweil stattfindenden Hauptversammlung des Rüstungskonzerns fordert das Bündnis der »Kritischen Aktionäre Heckler & Koch«, Waffenlieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten zu stoppen. In einer am Donnerstag verbreiteten Erklärung heißt es:

(...) »Fehlsteuerungen und Fehlentwicklungen sind das Ergebnis eines fundamentalen Strategiedesasters. Denn sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat haben es erneut versäumt, die Weichen hin zur Rüstungskonversion, der Umstellung auf eine sinnvolle nachhaltige zivile Fertigung, zu stellen. Statt dessen wird mit H-&K-Waffen weiter weltweit gemordet: beispielsweise in Mexiko, in Brasilien, in der Türkei und von Saudi-Arabien im Jemen-Krieg. Auch die Zusage, statt des geforderten Opferfonds einen vergleichbaren Sozialfonds zu schaffen oder zu finanzieren, wurde offenbar nicht eingehalten«, so Jürgen Grässlin, Vorsitzender des Rüstungsinformationsbüros, Bundessprecher der DFG-VK und von »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«.
(...)

Die »Kritischen Aktionäre Heckler & Koch« werden auch in diesem Jahr die Verbindung zwischen illegalen G36-Exporten nach Mexiko und den Verbrechen im Fall Ayotzinapa in der Hauptversammlung zum Thema machen. Am 21. Februar 2019 wurde vom Landgericht Stuttgart das Urteil im Heckler-&-Koch-Prozess verkündet. Es stellte fest, dass Tausende G36-Gewehre illegal nach Mexiko exportiert wurden. Diese Waffen kamen auch bei Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten zum Einsatz – wie der Fall Ayotzinapa zeigt. »Die fatalen Konsequenzen von Kleinwaffenexporten in den Empfängerländern dürfen nicht in Vergessenheit geraten – weder im Fall Ayotzinapa noch bei weiteren Heckler-&-Koch-Exporten in die Krisenregionen dieser Welt«, fordert Charlotte Kehne. Daher müsse das Unternehmen endlich eine Mitverantwortung für die Folgen solcher Exporte anerkennen. Einen weiteren Kritikpunkt sieht die Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei »Ohne Rüstung

Leben« und Sprecherin der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« in der Expansion von Heckler & Koch in die USA. »Schusswaffen sind die Ursache für über die Hälfte aller gewaltsamen Tode in den USA. Vor diesem Hintergrund ist die Belieferung des sogenannten US-Zivilmarktes bereits beunruhigend genug. Hinzu kommt die Sorge, dass der US-Standort als Hintertür für den Export von Heckler-&-Koch-Kleinwaffen in »nicht-grüne« Länder genutzt werden könnte, zum Beispiel nach Lateinamerika. Hier werden wir beim Vorstand ganz genau nachhaken«, so Kehne. [...]

HANDESLBLATT online vom 12.07.2019 Update: 12.07.2019 - 17:19 Uhr

Waffenhersteller Heckler & Koch sieht einen Ausweg aus der Dauerkrise

Der hochverschuldete Waffenhersteller will endlich wieder schwarze Zahlen schreiben. Erstmals waren auf der Hauptversammlung Journalisten zugelassen.

Von Martin-W. Buchenau

[Foto] Waffenproduzent Heckler & Koch. Der Firmenchef begründet die bessere Lage mit Kostensenkungen und verbesserten Arbeitsabläufen sowie mit vollen Auftragsbüchern. Foto *dpa*

Rottweil. Die Waffenschmiede Heckler & Koch (HK) hat am Freitag erstmals Journalisten zu seiner Hauptversammlung zugelassen. „Wir wollen transparenter werden“, sagte Vorstandschef Jens Bodo Koch in Rottweil. Zudem versuchte der seit einem Jahr amtierende Vorstandschef, mit der Aussicht auf eine Rückkehr in die Gewinnzone zu punkten: „Wir sind wieder auf Kurs.“

Man habe im ersten Halbjahr 2019 einen Gewinn erzielt und sei auch für das Gesamtjahr „verhalten optimistisch“, sagte Koch. Eine Zahl für das Nachsteuerergebnis nannte er trotz Transparenzoffensive nicht.

[...]

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/waffenhersteller-heckler-und-koch-sieht-einen-ausweg-aus-der-dauerkrise/24586986.html?ticket=ST-9004679-61FCKKK6TLQBqYDruhyT-ap3>

Pressemitteilung Heckler & Koch

Hauptversammlung bei Heckler & Koch: „Wir sind wieder auf Kurs!“

12.07.2019



- Konzern mit gutem Start ins Geschäftsjahr 2019
- Organisation verschlankt: von 51 Führungspersonen auf 40 reduziert
- Umsatz- und Ergebnissteigerung in den ersten beiden Quartalen 2019
- 1. Halbjahr 2019 mit positivem Ergebnis nach Steuern
- Prognose für das Gesamtgeschäftsjahr 2019 positiv
- Eigenkapital der wesentlichen Gesellschaften positiv
- Prominenter Zuwachs im Aufsichtsrat: General a.D. Harald Kujat soll Vorsitz übernehmen
- Wachstums- und Innovationspakt als gemeinsamer Kurs von Belegschaft und Vorstand
- Auftragseingang 2018 in Höhe von rd. 290 Mio. Euro
- Auftragseingang im ersten Quartal 2019 über den Erwartungen
- Berliner Polizei beauftragt zusätzliche 14.000 Pistolen: Mit 115.000 verkauften Dienstwaffen für die Polizei ist die SFP9 die erfolgreichste Behördenpistole in der Geschichte von Heckler & Koch.
- Norwegen beauftragt HK416 im Gesamtvolumen von 22 Mio. Euro
- Hessische Polizei beauftragt 2.000 HK416 zum Schutze der Bürger bei Terror- und Amoklagen
- Heckler & Koch bekräftigt die Gültigkeit der Grüne-Länder-Strategie für die gesamte Unternehmensgruppe
- Zum ersten Mal sind Journalisten bei einer Hauptversammlung als Gäste eingeladen

Mit einem Umsatzanstieg und einer deutlichen Ergebnisverbesserung ist Heckler & Koch ins Geschäftsjahr 2019 gestartet. Der Umsatz der H&K AG betrug im ersten Halbjahr 2019 126,9 Mio. Euro.

Das ist im Vergleichszeitraum 1. Halbjahr 2018 eine Steigerung um über 15 Prozent. Das Unternehmen erwartet, dass sich dieser positive Trend über das gesamte Jahr fortsetzt und insgesamt mit einem positiven Gesamtjahresüberschuss abgeschlossen werden wird.

Dr.-Ing. Jens Bodo Koch, Vorstandsvorsitzender der H&K AG: „Im Jahr 2018 haben wir die Basis gelegt, um unser Unternehmen zu alter Stärke zurückzuführen: Heckler & Koch ist wieder auf Kurs! Bei nahezu gleichem Auftragsmix der Jahre 2017 und 2018 können wir Ihnen in 2019 nun erstmals ein positives Ergebnis nach Steuern zum ersten Halbjahr 2019 vermelden. Der Rückenwind, der aus den starken Auftragseingangsquartalen 4/2018 und 1/2019 resultiert, wird uns in den kommenden Jahren weiter nach vorne bringen.

Aufgrund verlässlicher Lieferterminezusagen und sehr guter Produkte haben unsere Kunden spürbar wieder Vertrauen in unser Unternehmen zurückgewonnen. Unser Traditionsunternehmen feiert in diesem Jahr sein 70-jähriges Bestehen und wird mit dem neu eingeschlagenen Kurs noch viele weitere gute Jahre vor sich haben. Kein anderes Unternehmen stattet so viele Sicherheitsbehörden in der NATO und in Europa aus, wie wir. Die Grüne-Länder-Strategie und unsere neue Offenheit finden große Zustimmung.

Die hohe Verbundenheit der Belegschaft mit ihrem Unternehmen und unsere glaubwürdige Perspektive auf eine gute Zukunft in früherer Stärke, haben in einem vertrauensvollen, konstruktiven Dialog zum bemerkenswerten Wachstums- und Innovationspakt geführt.“

Die Eigenkapitalpositionen der wesentlichen Konzerngesellschaften sind deutlich positiv. Das in der Berichterstattung hervorgehobene negative Eigenkapital des Konzerns ist auf Bewertungsunterschiede der Anteile zurückzuführen. Damit wird die operative Zuverlässigkeit der Gesellschaften des Konzerns untermauert.

Dr. Björn Krönert, Finanzvorstand der H&K AG: „Der neue Vorstand hat bereits in den ersten Monaten der Übernahme der Geschäftsführung ein umfassendes Programm von Maßnahmen definiert. Diese Maßnahmen und die positive Marktentwicklung haben im 1. Halbjahr 2019 bereits Früchte getragen. Erneut ist der Umsatz gestiegen, im ersten Halbjahr um über 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Zahlen zeigen, dass der Beginn des neuen Geschäftsjahres vielversprechend ist. Wir sind wieder auf Kurs!“

Siehe <https://www.heckler-koch.com/de/presse/detail/article/heckler-koch-general-ad-harald-kujat-wird-neuer-aufsichtsrat.html>

Pressemitteilung der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch vom 11.07.2019



RüstungsInformationsBüro
Informationsportal zu Rüstungsproduktion und Export
www.rib-ev.de



Pressemitteilung der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch

Heckler & Koch-Hauptversammlung: Kritische Aktionär*innen prangern verfehlte Geschäftspolitik an

- Verurteilung wegen illegaler Waffenexporte, interne Querelen und drohende Pleite: Krisengeschüttelter Waffenhersteller kommt nicht zur Ruhe
- „Kritische Aktionär*innen Heckler & Koch“ fordern konsequente Umsetzung der „Grüne-Länder-Strategie“ und sofortigen Stopp aller umstrittenen Altverträge
- Das Heckler & Koch-Desaster ist Ergebnis einer völlig verfehlten Geschäftspolitik – „Kritische Aktionär*innen Heckler & Koch“ fordern Nichtentlastung des Vorstands

Freiburg / Stuttgart / Köln, den 11. Juli 2019

Anlässlich der morgigen Hauptversammlung der Heckler & Koch AG fordert das Bündnis der „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ eine konsequente Umsetzung der „Grüne-Länder-Strategie“, die mit dem sofortigen Stopp aller umstrittenen Altverträge einhergehen muss. Heckler & Koch-Waffenlieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten darf es nicht mehr geben.

Master of Disaster

„Das Geschäftsjahr 2018 hat sich für Heckler & Koch zu einem Disaster ohnegleichen entwickelt: Das Finanz- und Aktienkursdesaster führte das Unternehmen an den Rand der Pleite. Arbeitnehmer müssen – vielfach wider Willen – unentgeltlich länger arbeiten. Kein Wunder, dass sich das Personalkarussell immer schneller dreht. Dass Aufsichtsratschef Dieter John seinen Platz für Ex-General Harald Kujat räumen muss, ist der verzweifelte Versuch, den G36-Nachfolgeauftrag doch zu ergattern – und sei es über puren Lobbyismus“, kritisiert Jürgen Grässlin für die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“.

„All diese Fehlsteuerungen und Fehlentwicklungen sind das Ergebnis eines fundamentalen Strategiedesasters. Denn sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat haben es erneut versäumt, die Weichen hin zur Rüstungskonversion, der Umstellung auf eine sinnvolle nachhaltige zivile Fertigung, zu stellen. Stattdessen wird mit H&K-Waffen weiter weltweit gemordet: beispielsweise in Mexiko, in Brasilien, in der Türkei und von Saudi-Arabien im Jemen-Krieg. Auch die Zusage, statt des geforderten Opferfonds einen vergleichbaren Sozialfonds zu schaffen oder zu finanzieren, wurde offenbar nicht eingehalten“, so Grässlin, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros, Bundessprecher der DFG-VK und von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. „Wenn es Heckler & Koch mit seiner ‚Grüne-Länder-Strategie‘ wirklich ernst meint, dann müssen umgehend alle noch bestehenden Altverträge mit ‚roten‘ und ‚gelben‘ Staaten gestoppt werden“, so Grässlin weiter.

Mitverantwortung für Exportfolgen anerkennen

Die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ werden auch in diesem Jahr die Verbindung zwischen illegalen G36-Exporten nach Mexiko und den Verbrechen im Fall Ayotzinapa in der Hauptversammlung zum Thema machen. Am 21. Februar 2019 wurde vom Landgericht Stuttgart das Urteil im Heckler & Koch-Prozess verkündet. Es stellte fest, dass tausende G36-Gewehre illegal nach Mexiko exportiert wurden. Diese Waffen kamen auch bei Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten zum Einsatz – wie der Fall Ayotzinapa zeigt. „Die fatalen Konsequenzen von Kleinwaffenexporten in den Empfängerländern dürfen nicht in Vergessenheit geraten – weder im Fall Ayotzinapa, noch bei weiteren Heckler & Koch-Exporten in die Krisenregionen dieser Welt“, fordert Charlotte Kehne. Daher müsse das Unternehmen endlich eine Mitverantwortung für die Folgen solcher Exporte anerkennen.

Kritik an Expansion in die USA

Einen weiteren Kritikpunkt sieht die Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben und Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ in

der Expansion von Heckler & Koch in die USA. „Schusswaffen sind die Ursache für über die Hälfte aller gewaltsamen Tode in den USA. Vor diesem Hintergrund ist die Belieferung des sogenannten US-Zivilmarktes bereits beunruhigend genug. Hinzu kommt die Sorge, dass der US-Standort als Hintertür für den Export von Heckler & Koch-Kleinwaffen in ‚nicht-grüne‘ Länder genutzt werden könnte, zum Beispiel nach Lateinamerika. Hier werden wir beim Vorstand ganz genau nachhaken“, so Kehne.

Die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ nutzen nun bereits zum dritten Mal ihr Rede- und Fragerecht, um Vorstand und Aufsichtsrat des Kleinwaffenherstellers mit ihrer Kritik zu konfrontieren und Nachfragen zur Geschäftspraxis zu stellen.

Gegenantrag von Jürgen Grässlin für die Kritischen Aktionär*innen, siehe auch <https://www.hecklerkoch.com/de/ir/ir-mitteilungen.html>. Vor, während und nach der Hauptversammlung stehen Mitglieder der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch Pressevertreter*innen für Nachfragen und Interviews gerne zur Verfügung.

12. Juli 2019, ab 08:00 Uhr vor dem Restaurant „Badhaus“ (Veranstaltungssaal) Neckartal 167, 78628 Rottweil, wo eine Aktion in Gedenken an die Opfer der Heckler & KochWaffenexporte vor Beginn der Hauptversammlung stattfinden wird.

Pressekontakte:

- **Jürgen Grässlin**, RIB e.V., DFG-VK, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Mob.: 0170-6113759, jg@rib-ev.de, www.rib-ev.de, www.gn-stat.org, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de
- **Charlotte Kehne**, Ohne Rüstung Leben, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Tel.: 0711-62039372, Mob.: 0162-5784235, orl-kehne@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de
- **Michael Schulze von Glaßer**, Politischer Geschäftsführer der DFG-VK, Mob.: 0176-23 57 52 36, svg@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de

junge welt vom 11.07.2019, Seite 2 / Kapital & Arbeit

Probleme für Rüstungskonzern

»Es geht darum, ob die Firma pleite geht«

Gegenwind garantiert: Heckler & Koch lädt am Freitag zur Hauptversammlung. Ein Gespräch mit Jürgen Grässlin

Interview: Jan Greve

[Foto Aktion vor H&K] Steffen Schmidt/*dpa*

Vor dem Heckler-&Koch-Firmensitz in Oberndorf demonstrieren Friedensaktivisten des »Staffellaufs gegen Rüstungsexporte« (21.5.2018)

Jürgen Grässlin ist Vorsitzender des Rüstungsinformationsbüros sowie Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« und der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen«

An diesem Freitag findet die Hauptversammlung des Rüstungskonzerns Heckler & Koch im baden-württembergischen Rottweil statt. Sie werden daran als einer der »kritischen Aktionäre« teilnehmen und einen Gegenantrag stellen, in dem die Nichtentlastung des Vorstands gefordert wird. Im Vorfeld sprachen Sie von einem »Desaster«. Geht es dem Unternehmen so schlecht?

Heckler & Koch geht es bereits seit einigen Jahren richtig schlecht. Das 2018 aufgenommene Fremdkapital beläuft sich offiziell auf etwa 231 Millionen Euro. Die Gesamtverbindlichkeiten sollen Berichten zufolge sogar auf rund 381 Millionen Euro geklettert sein. Gegenüber 2017 ist der Aktienkurs im vergangenen Jahr gefallen. Zudem senkte die Ratingagentur »Moody's« ihre Bewertung der Waffenschmiede von »B3« auf »Caa1«. Damit befindet sich das Unternehmen auf dem Niveau der Kreditwürdigkeit des Irak. Auch die Beschäftigten sind mit dem Konzern schlecht gefahren. Dem Finanz- und Aktienkursdesaster folgt jetzt das Arbeitszeitdesaster ...

Die Belegschaft stimmte mit knapper Mehrheit für Lohnverzicht bei einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit um 2,5 auf 37,5 Stunden.

Ja, mit ganz knapper Mehrheit und gewaltigem Streit auch innerhalb der IG Metall.

Hätten Sie sich ein anderes Votum gewünscht?

Na ja. Bei einem Kleinwaffenproduzenten kann man wohl sagen, dass der Belegschaft die Pistole auf die Brust gesetzt worden ist. Unbezahlte Mehrarbeit leistet niemand gerne. Da geht es wohl um die Frage: Wie rette ich »mein« Unternehmen über die nächsten zwei, drei Jahre?

Wie schwer wiegen die angesprochenen Verbindlichkeiten?

Im letzten Jahrzehnt hat Heckler & Koch einen Kredit in dreistelliger Millionenhöhe und mit exorbitant hohen Zinszahlungen aufnehmen müssen. Das führte dazu, dass zuletzt jährlich etwa elf Millionen Euro an Zinsen fällig wurden – für ein mittelständisches Unternehmen ein stattlicher Betrag.

Das Bilanzjahr 2018 war durchweg eine Katastrophe für den Konzern. Die Führung rechnete damit, den Zuschlag für das Nachfolgemodell des Gewehres »G-36« der Bundeswehr zu erhalten. Genau das passierte nicht. Dafür legte man sich mit dem Bundesverteidigungsministerium an, mit der Begründung, die Auftragsstellung sei falsch gewesen (siehe *jW* vom 6.5.). Wie abstrus. Egal wo man hinschaut, es knirscht bei Heckler & Koch.

Und da reden wir bislang noch nicht von dem Urteil von Anfang des Jahres, als es um illegale Waffenlieferungen nach Mexiko ging.

Mit dem Urteil des Landgerichts Stuttgart infolge meiner Strafanzeige ist es das erste Mal in der bald 70jährigen Firmengeschichte gelungen, Mitarbeiter zur Rechenschaft zu ziehen und das Unternehmen zu einer Strafzahlung von 3,7 Millionen Euro zu verdonnern. Das war ein eindeutiger Beleg für illegale Waffengeschäfte in Mexiko (siehe *jW* vom 22.2.).

Man muss aber festhalten: Das mögliche »Desaster« von Heckler & Koch ist nicht gleichbedeutend mit einem Erfolg für die Friedensbewegung. Aufrüstung ist in aller Munde, was die Kassen vieler Rüstungskonzerne klingeln lässt.

Das stimmt. Aber immerhin: Wir reden bei Heckler & Koch vom führenden deutschen Hersteller von Kleinwaffen. Dieses Unternehmen hat mit seiner skrupellosen Rüstungsexportpolitik dazu beigetragen, dass in den vergangenen Jahrzehnten mehr als zwei Millionen Menschen durch Schüsse aus Heckler-&-Koch-Waffen umgekommen sind. Weitere sechs bis sieben Millionen Menschen überlebten solche Angriffe teils schwer verstümmelt oder traumatisiert. Und nun geht es um die ernsthafte Frage, ob diese Firma pleite geht.

Bundesministerin Ursula von der Leyen verteidigte zuletzt durch ihr Pochen auf einen steigenden deutschen Wehretat die Profitinteressen deutscher Rüstungskonzerne. Nun soll sie EU-Kommissionspräsidentin werden. Wie haben Sie diese Nachricht aufgefasst?

Ich kann in keiner Weise nachvollziehen, dass diese Person, die das – um im Bild zu bleiben – Bundeswehrdesaster zu verantworten hat – milliardenschwere Fehlinvestitionen, der Fall »Gorch Fock« und vieles weitere –, für diesen zentralen Job im Gespräch ist. Eine Verteidigungsministerin, die stramm den NATO-Kurs fährt, zur Führungsperson Europas zu machen – schlimmer geht's nimmer.

<https://www.jungewelt.de/artikel/358443.probleme-f%C3%BCr-r%C3%BCstungskonzern-es-geht-darum-ob-die-firma-pleite-geht.html>

Aktionär Jürgen Grässlin

„Gegenantrag zur Aktionärshauptversammlung der Heckler & Koch AG am 12. Juli 2019

zu Punkt 3 der Tagesordnung:
„Die Mitglieder des Vorstandes werden nicht entlastet.

Begründung:

Die Chaostage, die der H&K-Vorstand für 2017 und 2018 verantwortet, haben das Renommee und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Heckler & Koch AG ins Bodenlose abstürzen lassen.“ So lautete die Analyse in einem meiner Gegenanträge für die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ anlässlich der vergangenen Hauptversammlung. Kaum vorstellbar, dass besagte Chaostage in das Katastrophenjahr 2018 münden würden, in dem ein Desaster das nächste jagte.

Das 2018 aufgenommene Fremdkapital belief sich offiziell auf rund 231 Millionen Euro. Allerdings sollen die Gesamtverbindlichkeiten 2018 auf 381,7 Millionen Euro geklettert sein – so der aktuelle Stand im Schuldendesaster (laut *WELT.DE* vom 26.04.2019). Das Geschäftsjahr 2018 führte die H&K AG laut zahlreicher Medienberichte nahe „an die Pleite“, ein Konkurs des Unternehmens werde immer wahrscheinlicher.

Gemäß Jahresbericht wurde das Finanzdesaster durch zwei Überbrückungskredite über rund 80 Millionen Euro von einem anonymen Großaktionär abgedeckt. Andreas Heeschen – oder wer ist dieser Großaktionär? Mit der Beantwortung dieser und weiterer Fragen nach den wahren Besitzern des Unternehmens ließe sich das Transparenzdesaster beheben – was aber offensichtlich nicht gewollt ist.

Eine Folge ist das Aktienkursdesaster. Im Juni 2018 senkte die Ratingagentur Moody's die Bewertung des Oberndorfer Waffenbauers von B3 auf Caa1. Damit sank Heckler & Koch „noch tiefer in den Ramschbereich. H&K liegt somit auf dem gleichen Kreditwürdigkeitsniveau wie der Irak“, schrieb *DIE WELT* (am 29.06.2018). Laut *onvista.de* sank der H&K-Aktienkurs in einem Jahr um 29,5 %.

In seiner Verzweiflung nahm der Vorstand unter Führung des CEO Jens Bodo Koch im Frühjahr 2019 drastische Eingriffe vor – auf Kosten der Mitarbeiter. So wurde u.a. die Arbeitszeit der Beschäftigten um 2,5 Stunden pro Woche unbezahlt erhöht. Der stellvertretende H&K-Betriebsratsvorsitzende Herr S., der sich dem Arbeitszeitdesaster standhaft entgegenstellte, soll nunmehr gefeuert werden.

Seit Jahren dreht sich das Personalkarussell bei H&K auf Hochtouren. Sogenannte „(Finanz)Experten“ werden angeheuert und hochgelobt, um alsbald wieder freigestellt zu werden. Die Liste derer, die freiwillig gingen oder gegangen wurden, ist immens lang. H&K-Chef Norbert Scheuch wurde freigestellt, nachdem er u.a. dem *SWR* ein offenes Interview gegeben hatte. Das Personaldesaster gipfelt nunmehr in der Entlassung des Aufsichtsratsvorsitzenden Dieter John, der die Kritischen Aktionär*innen H&K jederzeit korrekt behandelt und die Grüne-Länder-Strategie offensiv vertreten hat.

Ersetzt wird John nunmehr durch den Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat. Dessen primäre Aufgabe scheint zu sein, das existenzgefährdende Beschaffungsdesaster mittels seiner intensiven Kontakte bis in die Beschaffungsebene des BMVg zu beheben. Denn noch immer nicht wurde H&K der Nachfolgauftrag für das G36-Gewehr zugesprochen – was zum derzeitigen Kommunikationsdesaster mit der Hardthöhe führte. So wurde Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen seitens H&K vorgeworfen, keine sachkundige und faire Auswahl für das G36-Nachfolgemodell vorzunehmen.

Weiterhin leidet H&K unter einem ebenso verfehlten wie widerrechtlichen Rüstungsexportdesaster vergangener Jahre. Die Spitze dieses gewaltigen Eisberges ist die Verurteilung seitens des Landgerichts Stuttgart im Strafverfahren ab Mai 2018. Im Februar 2019 wurden das Unternehmen – nach meinen erfolgreichen Strafanzeigen und denen meines Rechtsanwaltes Holger Rothbauer – zu 3,7 Mio. Euro Strafe verurteilt. Zwei vormalige Mitarbeiter erhielten Bewährungsstrafen wegen des illegalen Exports Abertausender Sturmgewehre, Maschinenpistolen und Zubehör in verbotene Unruheprovinzen Mexikos. H&K geht in Revision, das Justizdesaster zieht sich hin und mündet letztlich in ein weltweites Renommeedesaster – Medien berichteten national wie international umfassend.

All diese Fehlsteuerungen und Fehlentwicklungen sind das Ergebnis eines fundamentalen Strategiedesasters. Denn für ein weiteres Jahr hat es die H&K-Geschäftsführung versäumt, die Weichen hin zur Rüstungskonversion, der Umstellung auf eine sinnvolle nachhaltige Fertigung, zu stellen. Stattdessen wird mit H&K-Waffen weiter weltweit tausendfach gemordet.

Wir bitten die Aktionärinnen und Aktionäre der H&K AG: Schließen Sie sich unseren

Gegenanträgen an und übertragen Sie Ihre Stimmrechte auf die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“, an denen sich neben der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ zahlreiche Organisationen beteiligen (DFGVK, Ohne Rüstung leben, pax christi, urgewald, GLOBAL NET - STOP THE ARMS TRADE etc.).

KONTAKT: cc RüstungsInformationsBüro, RIB e.V., Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg (www.rib-ev.de) oder Dachverband der Kritischen AktionärInnen in Köln (www.kritischeaktionaeere.de).

Siehe: <https://www.heckler-koch.com/de/ir/ir-mitteilungen.html>

Der Vorstandsvorsitzende Dr. Jens Bodo Koch und der Finanzchef Dr. Björn Krönert nahmen am 2. Juli 2019 wie folgt Stellung: „Wir, als Vorstand, können die Behauptungen des Einreichers nicht nachvollziehen.“

=====

Wer in den kostenlosen Mailverteiler zu Heckler & Koch aufgenommen und damit bei Anlass über das Unternehmen, dessen Rüstungsexporte und Geschäftspolitik sowie über die Aktivitäten der Kritischen Aktionär*innen H&K aufgenommen werden möchte, wende sich an J. Grässlin, jg@rib-ev.de.

=====

JG Stand: 02.08.2019